

BmU - Rechenschaftsbericht 2004

Vorgelegt zur Jahreshauptversammlung 2004

Vordergrund der Aktivitäten der *BmU* und des Vorstandes war im Berichtszeitraum die Vorbereitung auf die Kommunalwahl und die Aufstellung der Ratskandidaten für den 26. September 04 sowie die Wahlkampfkonzeption und deren teilweiser Realisation.

Erkrath braucht mehr unabhängige Bürgerinnen und Bürger im Stadtrat, damit kreative Ideen Erkrath zukunftsfähig machen sowie die Parteien und die Verwaltung stärker kontrolliert werden.

Das städtebauliche Entwicklungskonzept Erkrath 2020 aus dem Jahre 1998 zeigt das kreative gestalterische Potenzial und Blick für realistische Möglichkeiten in unserer Stadt durch die unabhängige Wählergemeinschaft *BmU*. Man kann Erkrath zu einer lebenswerten, bürgerfreundlichen Stadt machen, die mehr auf den Bürger als auf das Rathaus ausgerichtet ist. Das Fundament unserer programmatischen Arbeit ist seit Langem gelegt (z.B. http://www.bmu-erkath.de/Erkrath_2020/erkath_2020.html).

Die Großaktionen für gerechte Fernwärmepreise und die Aktion Störmelder gegen die Missstände im öffentlichen Personennahverkehr zeigen exemplarisch, wie die *BmU* dem Räderwerk der Verwaltungen und der Politik wieder durch Kontrolle die richtige Richtung geben will. Unsere Anträge zur vorbeugenden Korruptionsbekämpfung zeigten schon vor Jahren auf, wo in diesem Räderwerk keine Schmiere hingehört.

Die Chance, politisch gegenzusteuern, haben die Erkratherinnen und Erkrather am 26.09.2004, wenn der Stadtrat neu gewählt wird.

Wenn der amtierende Bürgermeister als Leistung seiner Amtszeit u.a. versteht, dass ein Kunst- rasenplatz in Erkrath errichtet wurde, dann ist das die richtige Antwort auf die falsche Frage. Die richtigen Fragen lauten:

- Wie können wir verhindern, dass die hoffnungslose Finanzsituation der öffentlichen Haushalte auf immer mehr private Haushalte, die von den öffentlichen Abgaben und Gebühren gedrückt werden, übergreift?
- Wie können wir Handlungsspielräume für die heranwachsende Generation zurückerobern?

„Keine Steuererhöhung“ wurde vor der Wahl versprochen aber nicht gehalten.

Die *BmU* beantragte die Wiedereinführung der kleinen Mülltonnen um z.B. auch hier im Detail die Möglichkeit zu geben, Ausgaben zu sparen: von Parteien und Verwaltung wurde selbst der Prüfauftrag dazu abgelehnt. Die *BmU* verlangte gerechtere Fernwärmetarife, Bürgermeister, CDU und SPD wollten das Thema am Anfang nicht mal beraten! Dazu bewogen sie erst 3000 Unterstützungsunterschriften aus der Bürgerschaft. Die Landesregierung nahm die Unterschriften erst gar nicht entgegen, die Bundesregierung antwortete nach zweieinhalb Jahren mit einem gut einseitigen knappen Brief, in welchem auf die uns bekannte Gesetzeslage hingewiesen wird.

Wie hart durch Bürgerferne oft einzelne Bürgerinnen und Bürger von Fehlentscheidungen des Rates betroffen werden können zeigen z.B. die Erschließungskostenabrechnungen. Wenn in der heutigen Zeit ein Frührentner wegen des Straßenausbaues nach dem Willen der Stadt 26000 €, eine Arzthelferin 30.000 € und eine Familie 100.000 € nur für den Straßenausbau vor der Haustüre aufbringen sollen, dann wird an Einzelfällen deutlich, wie überzogene Standards in der heutigen Zeit menschliche Existenzen gefährden können und Betroffene vor Sorgen krank machen. Seit 29 Jahre bin ich beschäftigt, z.B. in der Heinrich-Heine Straße dafür zu kämpfen, dass Straßenbau nicht wirtschaftliche Existenzen ruinieren und sozial angemessen sind dabei habe mich oft gefragt, warum nicht die Vertreter der Parteien sich auch sachkundig machen und intensiv mitarbeiten. Es ist eben nicht damit getan, wenige Wochen vor der Kommunalwahl –wie 1999 von der CDU durch ihren Vorsitzenden – zu versprechen: Ihr braucht nur 50% der Kosten zu tragen, um fast fünf Jahre später die Gebührenbescheide in Höhe von 90 %, trotz absoluter Mehrheit der CDU und eines CDU Bürgermeisters als Verwaltungschef, verteilt zu sehen . 10 Jahre zuvor hatte Bürgermeisterin Ziller (CDU) das genauso vor der Wahl getan. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt das Bebauungsplanverfahren Bergstraße. Unter dem Eindruck von Bürgerprotesten wurde das Verfahren kurz vor der Kommunalwahl auf Antrag der CDU eingestellt (03.08.1999) um es nach dem Sieg bei der Kommunalwahl schon am 24.11.1999 wieder neu aufleben zu lassen. Der Abbau demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten und Informationsmöglichkeiten wird deutlich, wenn man einen Blick in den Umweltausschuss wirft: alle Bauanträge nach §34 werden dem Ausschuss nunmehr nur noch nach der Entscheidung der Verwaltung vorgelegt.

Im letzten Monat ließ die SPD in der Presse mitteilen, es entspräche ihrer demokratischen Tradition, dass sie ihre Programme von den Mitgliedern beschließen lasse. Diese Tradition ist kurz:

Das Parteiausschlussverfahren gegen den früheren SPD-Vorsitzenden Lahnstein scheiterte daran, dass das Wahlprogramm, gegen welches Lahnstein angeblich verstoßen haben sollte, gar nicht von den Mitgliedern

beschlossen wurde, gleichwohl dem Wahlvolk unterbreitet wurde. Bis vor wenigen Jahren wählte die SPD ihre Ratskandidaten nur in Delegierten- statt in Mitgliederversammlungen. Strickt waren SPD wie Grüne gegen die Möglichkeit der Briefwahl beim Bürgerentscheid zur Stromnetzübernahme. Die Ratskandidaten der SPD in Hochdahl wurden per Internet öffentlich vorgestellt, bevor die Mitgliederversammlung dazu überhaupt getagt hatte. Begründung für diese Verfahren: es sei eben intensiver „vorberaten“ worden.

Wenn man meint, im Stadtrat gäbe es Mindeststandards im demokratischen Umgang irrt man. Ein besonders krasses Beispiel war die Umweltausschusssitzung zum Thema Bebauungsplan Bergstraße: da gingen alle Hände von CDU und SPD (auch die derzeitige Bürgermeisterkandidatin der SPD machte dabei gegen ihre Geschlechtsgenossin mit) gemeinsam hoch als beschlossen wurde, den Tagesordnungspunkt abzubrechen, bevor die Fraktionsvorsitzende der *BmU*, Angela Klinkhammer-Neufeind überhaupt ihren ersten Wortbeitrag, geschweige denn ihre Anträge stellen konnte. Ein Verfahren, dass in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht in Düsseldorf vom Richter wörtlich so kommentiert wurde: „Natürlich hätte die *BmU* das Wort bekommen müssen“.

Das Bild wird vollständig, wenn man abschließend noch erwähnt, dass der Bürgermeister der Stadt Erkrath das Verwaltungsgerichtsverfahren der *BmU*-Fraktion gegen ihn dadurch beenden ließ, dass sein Rechtsvertreter dem Antrag der *BmU* zustimmte. Auch hier ging es um die Missachtung der Mitwirkungsrechte der *BmU*-Fraktion.

Das Vorgehen der Verwaltung wie einiger Parteivertreter ist in der letzten Legislaturperiode also zu einem Fall fürs Gericht geworden. Die *BmU* kann aber politische Ziele für die Bürger nicht im Schutze von Gerichtsverhandlungen erzwingen. Letztlich ist allein ausschlaggebend, dass die Bürgerin, dass der Bürger die *BmU* direkt mit einem Mindestmaß an politischen Mandaten in Erkrath ausstattet.

Die *BmU* hat als eine der ersten Rathausfraktionen ihre Ratskandidaten und ihren Bürgermeisterkandidaten gewählt. Hinter dieser knappen Feststellung verbirgt sich die Mühe, geeignete Kandidaten zu motivieren, sich ohne Aussicht auf Parteikarriere und persönliche Vorteile und bei Aussicht auf einschneidende zeitliche und finanzielle Opfer aufstellen zu lassen. Dies ist uns recht früh im ersten Anlauf gelungen.

Die Jahreshauptversammlung der *BmU* sollte im Wahljahr, das auch das Ende der derzeitigen Wahlperiode ist, Ort des Dankes, ja des Respektes für die drei amtierenden *BmU*-Ratsmitglieder sein.

Großen Respekt findet bei uns die langjährige, geduldige, langmütige und ausgleichende Arbeit von Angela Klinkhammer-Neufeind als langjährige Fraktionsvorsitzende. Hinzu kommt, dass Angela Klinkhammer-Neufeind in diesen vielen Jahren berufstätig war und als zweifache Mutter auch noch ein Familienunternehmen zu managen hatte. Genauso betrachte ich die Arbeit unseres Gründungsmitgliedes Peter Schreiber mit größtem Respekt. Sein beruflicher Erfolg, dem wir ihm gönnen, bewirkt auch, dass sein Anteil an der Ratsarbeit reduziert werden musste – sein Rat, seine analytische Gabe, sein Grundlagenwissen und sein haushaltspolitisches Gewissen werden auch in Zukunft gefragt sein. Mit Monika Hustädt hat vor fünf Jahren ebenfalls eine berufstätige Mutter das Rathaus zum ersten Mal betreten. Monika Hustädt hat schnell erkannt, dass im Rathaus auch mal die Ellebogen ausgefahren werden müssen, um Fortschritte zu erzielen. Alle drei haben nicht nur ihre Arbeitskraft für Erkrath investiert, sie haben den größten Teil unseres finanziellen Fundamentes geschaffen. Immer war es so und ist leider notwendig, dass weit mehr als 60 % der Aufwandsentschädigungen von den Ratsmitgliedern gespendet werden. Das gibt es in keiner Partei und daher hat auch zwangsläufig niemand bei uns ein finanzielles Motiv an dieser Arbeit.

Wir brauchen Menschen mit Erfolg in Familie und Beruf, die es nicht uncool finden, sich für die Nachbarschaft, für die Stadt einzusetzen.

Die UWG des Kreises hat sich erfreulich verstärkt. In Hilden und Velbert sind sogar zwei unabhängige Wählergemeinschaften der Kreis UWG beigetreten. Mit Haan ist nun auch der letzte weiße Fleck im Südkreis mit der Farbe der Unabhängigen gefüllt worden. Auch hier leisten wir unseren Beitrag, damit im Kreis demnächst eine UWG Fraktion gegründet werden kann. Auch hier ist Optimismus gut begründet.

Inhaltliche Aspekte der letzten Monate waren z.B. die Verfolgung der Aktion Störmelder. Ausgangspunkt war, dass die finanziellen Leistungen der Bürgerinnen und Bürger und der Stadt in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Gegenleistungen der Verkehrsträger stehen.

2002 wurden flächendeckend zwei *BmU*-Zeitungen in Erkrath mit Meldebögen von professionellen Verteilfirmen verteilt, 2003 zusätzlich eine halbseitige Anzeige in einem flächendeckend verteilten Erkrather Anzeigenblatt geschaltet.

Zu Beginn der Aktion konnte auch das Interesse der Medien geweckt werden, z.b. als ein Interview bei Radio Neandertal größere Aufmerksamkeit weckte.

Meldebögen wurden mit Unterstützung des Bürgermeisters in allen Bürgerbüros zusätzlich ausgelegt und konnten dort wie im Rathaus, wie bei der *BmU* abgegeben werden.

58,83 %, also knapp 60 % Pünktlichkeit bei Verspätungen bis 3 Minuten sind eine absolut unakzeptable Gegenleistung der Deutschen Bundesbahn für die in Erkrath abfahrenden S- Bahnen!

Die beschlossenen Verbesserungen der Pünktlichkeitsstandards bleiben noch deutlich hinter unseren Forderungen zurück. Der Kreis hat das Verfahren nicht mit dem nötigen politischen Druck versehen – ein Grund mehr bei der Kreistagswahl die UWG des Kreises zu wählen.

Die Mitgliederentwicklung stagniert unverändert wie in den letzten Jahren. Im Berichtszeitraum ist kein Mitglied ausgetreten, zwei kamen hinzu.

Auch heute soll aufgerufen werden, dass sich engagierte Bürgerinnen und Bürger angesprochen fühlen sollen, sich für ihre Stadt einzusetzen und bei uns mitmachen sollen.

Im Juni wollen wir aus unserer Programmatik zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern in einer Zukunftswerkstatt Schwerpunktthemen herauspräparieren.

Neben den bekannten Themen gehört die quantitative und qualitative Bildungskrise in den Mittelpunkt. Die anstehenden Umwälzungen im Schulwesen dürfen die Stadt nicht unvorbereitet treffen. Wir brauchen an weiterführenden Schulen flexible Ganztagsangebote unter Einbeziehung der Wirtschaft und eine Modernisierung der Unterrichtsmittel. Die VHS muss sich auf die berufliche Bildung konzentrieren. Unsere Idee der Stadtteilschulen als Zentrum von Nachbarschaften muss angepackt werden.

Die Gebührenhaushalte gehören alle auf den Prüfstand, um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu senken.

Der Rückgriff auf die Verschuldung oder auf die Steuererhöhung wie in der Vergangenheit war Mitursache des wirtschaftlichen Niederganges und ist in Zukunft ausgeschlossen.

Zur Finanzierung der notwendigsten Ausgaben gehört noch mehr als bisher die Verwaltung der Stadt selber in die Pflicht:

Entweder die Verwaltung spart oder an der Verwaltung wird gespart.

Erkrath wird stärker als die gesamte Gesellschaft unter den Folgen der Überalterung der Bevölkerung zu leiden haben. Es gilt jetzt Konsequenzen daraus zu ziehen – unsere Konzepte aus dem Jahr 1998 liegen dazu bereit.

Es lohnt sich **dafür zu kämpfen**, dass im nächsten Erkrather Stadtrat die Stimme der *BmU* nicht mehr überhört werden kann.

Machen Sie mit.

Bernhard Osterwind

April 2004